

Mehr Profil, weniger Breite

Unsere Hochschulen brauchen eine klare Perspektive

Von Volker Giersch



Endlich beginnt sie und endlich wird sie konkret: Die längst überfällige Diskussion über die künftige Entwicklung unserer saarländischen Hochschulen. Die Grundlagen dafür bilden die Empfehlungen, die der Wissenschaftsrat Ende Januar vorgelegt hat. Jetzt gilt es, zügig ein Gesamtkonzept zu entwickeln, das langfristig trägt und den Saar-Hochschulen eine klare Perspektive gibt.

Vor die Klammer gehören drei Feststellungen:

Erstens: Die Hochschulen sind für unser Land ein wichtiger Wirtschaftsfaktor. Sie bringen Studenten und Drittmittel ins Land, eine ergiebige Quelle für Unternehmensgründungen, und geben der regionalen Wirtschaft vielfältige Impulse über Wissens- und Technologietransfer.

Zweitens: Sie bilden den dringend benötigten akademischen Nachwuchs aus. Gerade das ist in Zeiten des Fachkräftemangels von besonderer Bedeutung.

Drittens: Der Wissenschaftsrat stellt den Saar-Hochschulen ein insgesamt gutes Zeugnis aus. Er stellt positiv ihre Stärken im Bereich der Ingenieurwissenschaften, die

beachtlichen Leistungen in der Informatik an der Saar-Uni und die Forschungsstärke der Hochschule für Technik und Wirtschaft (HTW) heraus. Und er hebt hervor, dass sich zum Teil auch international sichtbare Schwerpunkte herausgebildet haben.

Unstrittig sein sollte, dass wir im Saarland auch weiterhin leistungsfähige Hochschulen mit überregionaler Ausstrahlung brauchen. Das mit reduzierten Zuwendungen des Landes sicherzustellen, ist eine riesige Herausforderung für Politik und Hochschulen.

Kein Spielraum für höhere Zuwendungen des Landes

Wenig hilfreich sind dabei die Bestrebungen von Interessengruppen und Oppositionsparteien, die Kürzung des Hochschul Etats grundsätzlich infrage zu stellen. So macht unsere Analyse der Landesfinanzen in aller Klarheit deutlich: Mehr als die avisierten 205 Millionen Euro kann sich das Land für seine Hochschulen nicht leisten. So wünschenswert ein größerer Etat auch wäre, er wäre mit dem Zwang, die Landesfinanzen zu konsolidieren, schlichtweg nicht kompatibel. Die Finanzzusage an die Hochschulen spiegelt bereits eine hohe Priorität für Forschung und Lehre wider. In vielen anderen Bereichen werden wir im Land weitaus stärker sparen müssen als bei Uni und HTW. Leider liegt bislang noch keine umfassende Finanzplanung des Landes vor, die bis 2020 reicht. Sie würde das deutlich machen.

Kurzum: Wir brauchen rasch eine verlässliche Hochschulentwicklungsplanung, die sich an den finanziellen Möglichkeiten des Landes orientiert. Gut ist, dass es dafür jetzt

endlich die nötige Planungssicherheit gibt. Was die anstehenden strukturellen Entscheidungen betrifft, bieten die Empfehlungen des Wissenschaftsrates eine solide Diskussionsgrundlage. Der Rat empfiehlt Uni und HTW, eine klare Profilbildung, eine engere Kooperation miteinander und mit benachbarten Hochschulen, aber auch eine deutliche Straffung des Angebots in Forschung und Lehre.

Aufgrund der finanziellen Gegebenheiten kann nach Auffassung des Rates künftig keine umfassende „akademische Grundversorgung“ mehr vorgehalten werden. Um die nötige Profilbildung zu ermöglichen, sei es unausweichlich, Studiengänge einzustellen bzw. grundlegend neu zu organisieren. Explizit nennt der Rat hier an der Saar-Uni die Rechtswissenschaft im Rahmen des Staatsexamenstudiengangs, das Studienangebot der philosophischen Fakultäten und hier besonders Teile der Lehramtsstudiengänge. An der HTW gehöre der Masterstudiengang Architektur und innerhalb der Universitätsmedizin der Studiengang Zahnmedizin auf den Prüfstand. Neue Wege schlägt der Rat für die Wirtschaftswissenschaften beider Hochschulen vor. Was all das finanziell bringt, bleibt zunächst im Unklaren. Denn der Rat hat darauf verzichtet, seine Einsparvorschläge mit einem klar bezifferten Einsparvolumen zu versehen. Und man hätte sich auch vorstellen können, dass Empfehlungen wie die Schaffung von Kooperationsplattformen oder der Aufbau einer Business School konkreter ausgearbeitet werden. Doch mehr als das, was jetzt vorliegt, war letztlich vom Wissenschaftsrat nicht zu leisten.

Landesregierung und Hochschulen werden also eine mit den Landesfinanzen kompatible Hochschulplanung selbst entwickeln

und verantworten müssen. Eigentlich müsste eine solche Planung längst schon vorliegen. Denn bereits vor fünf Jahren war absehbar, dass auch die Hochschulen erhebliche strukturelle Sparbeiträge leisten müssen, damit die Konsolidierung der Landesfinanzen gelingen kann. Statt den Hochschulen klare und verlässliche finanzielle Vorgaben bis 2020 zu machen, hat die Jamaika-Regierung den Hochschulen seinerzeit 30 Millionen Euro zusätzlich zur Verfügung gestellt, die jetzt mühsam wieder eingespart werden müssen. Da mag man sich fragen: War es in Zeiten der Schuldenbremse nicht äußerst kurzsichtig, der Saar-Uni zusätzliche Verpflichtungen in Forschung und Lehre aufzubürden? Und: Warum wurden die Studiengebühren, die immerhin Mittel in Höhe von 15 Millionen Euro eingebracht haben, trotz der Finanznot des Landes wieder abgeschafft?

Jetzt drängt die Zeit. Zu begrüßen ist deshalb, dass sich die Landesregierung ein relativ enges Zeitfenster gesetzt hat. Die Eckpunkte für die Hochschulplanung sollen bis Mitte des Jahres festgelegt sein. Diese Zeitspanne sollte dann auch genügen, um klare Prioritäten zu setzen und die Vorschläge für eine engere Kooperation der Hochschulen weiter zu konkretisieren.

Synergien zwischen den Hochschulen nutzen

Grundsätzlich besteht im Land Konsens darin, dass es zu dem vorgeschlagenen Kurs „Mehr Profil, weniger Breite“ keine vernünftige Alternative gibt - auch wenn der Verzicht auf einzelne Fachbereiche und Studiengänge äußerst schmerzhaft ist. Denn bei Kürzungen nach dem Gießkannenprinzip würden Saar-Uni und HTW auf der Zeitachse schleichend an Attraktivität und Wettbewerbsfähigkeit verlieren. Sie würden im europaweiten Wettbewerb über kurz oder lang ins Abseits geraten. Das wäre gerade mit Blick auf die demografische Entwicklung hier im Land fatal. Denn es würde uns die Chance rauben, über attraktive Studienangebote kluge Köpfe von außen zu gewinnen, die wir während des Studiums an das Land und seine Wirtschaft binden könnten. Konsens besteht grundsätzlich auch darin, dass die Kooperationsmöglichkeiten zwischen HTW und Saar-Uni künftig konsequent genutzt werden sollten. Der Vorschlag des Wissenschaftsrates, dazu Kooperationsplattformen für die Bereiche „Mechatronik und Automatisierungstechnik“ sowie „Gesundheit“ zu bilden, sollte eingehend disku-

tiert werden. Ernsthaft zu prüfen ist auch, wie eine engere arbeitsteilige Zusammenarbeit beider Hochschulen im Bereich der Wirtschaftswissenschaften ausgestaltet werden kann. Der Wissenschaftsrat schlägt hier vor, die Bachelor-Ausbildung an der Universität zu streichen und Master-Studiengänge an einer neu zu gründenden Business School anzubieten, die gemeinsam von Uni und HTW getragen wird. Ob das ein gangbarer und aussichtsreicher Weg ist, wird ernsthaft zu hinterfragen sein.

Ingenieurwissenschaften und Betriebswirtschaftslehre stärken

Klar sein sollte dabei, dass wir im Land weiterhin attraktive betriebswirtschaftliche Studiengänge brauchen. Denn Betriebswirte sind neben Ingenieuren die akademischen Nachwuchskräfte, die in der Saarländischen Wirtschaft am stärksten benötigt werden - solche mit eher anwendungsorientierter Ausbildung ebenso wie solche mit stärker grundlagenorientierter Qualifizierung. Entscheidend ist deshalb, dass bei hochschulübergreifenden Studienangeboten Differenzierung und Attraktivität der Abschlüsse nicht leiden. Sofern kooperative Lösungen - gleich ob virtuell oder institutionell - ins Auge gefasst werden, sollten sie entsprechend ausgestaltet sein. Das bedeutet:

- Eine kooperative Struktur müsste eine Bachelor-Ausbildung bieten, die sowohl einen anwendungsorientierten als auch einen grundlagenorientierten Ast hat und damit auch attraktiv ist für Studenten, die einen Uni-Abschluss suchen. Nur so kann es gelingen, in größerer Zahl auch kluge Köpfe von außen ins Land zu ziehen und diese dann über Praktika, kooperative Studiengänge oder gemeinsame Studienarbeiten mit Unternehmen an den Standort und die heimische Wirtschaft zu binden. Und nur so wird es möglich sein, eine hinreichend breite Basis für die Master-Studiengänge zu schaffen.
- Auch im Master-Bereich brauchen wir differenzierte Studiengänge - vor allem solche, die in nationalen Rankings im oberen Drittel liegen und damit auch für Bachelor-Absolventen anderer deutscher Hochschulen interessant sind.
- Bei der Ausgestaltung des Studienangebots sollte eine Verbundlösung stark auf Internationalität setzen und dazu eng mit renommierten Hochschulen im europäischen Ausland kooperieren. Den Studenten könnte so die Möglichkeit geboten

werden, Phasen des Studiums an ausländischen Partner-Hochschulen zu absolvieren. Ein nennenswerter Teil der Vorlesungen sollte in Englisch gehalten werden.

- Auf den Master-Studiengängen sollte ein Post-Graduate-Angebot mit Promotionsstudiengängen aufsetzen, das gleichfalls eine starke internationale Ausrichtung aufweist und für den nötigen überregionalen Glanz sorgt. Hier könnte auch das Europa-Institut integriert werden. Zum Renommee beitragen können und müssen zudem die Forschungsbereiche, die derzeit im „Institut für empirische Wirtschaftsforschung“ zusammengefasst sind und die seit Jahrzehnten bereits von der Saarländischen Wirtschaft unterstützt werden.
- Um eine ausreichende Ressourcenausstattung zu erreichen, sollten in eine Verbundstruktur auch die Hochschulen in Trier und Luxemburg einbezogen werden. Dies zumindest im Master- und Post-Graduate-Bereich.

Über offensive Lösungen dieser Art sollten wir intensiv nachdenken, bevor strukturelle Entscheidungen getroffen werden. Wichtig ist zunächst, was drin ist und nicht was drauf steht. Über einen zugkräftigen Namen - vielleicht: International Management School (IMS) oder Internationale Hochschule für Wirtschaft (IHW) - wird man sich leichter verständigen, wenn Struktur und inhaltliche Ausrichtung klar definiert sind. Die Mannheim Business School hat vorgezeigt, wie sich internationale Akzeptanz erreichen lässt.

Der für die Saarländische Wirtschaft wichtigste Hochschulbereich werden auch in Zukunft die Ingenieurwissenschaften sein. Das haben wir an dieser und anderer Stelle immer wieder ausführlich begründet. Und deshalb beteiligen wir uns auch mit insgesamt 500.000 Euro an der Finanzierung von vier Stiftungsprofessuren im Bereich Mechatronik. Ausdrücklich zu unterstützen ist aus unserer Sicht hier die Empfehlung des Wissenschaftsrates, das „Zentrum für Mechatronik und Automatisierungstechnik (ZEMA)“ verstärkt als Kooperationsplattform zwischen Uni und HTW zu nutzen. Intensiv geprüft werden sollten auch die Möglichkeiten einer engeren Kooperation mit der Uni Kaiserslautern.

Insgesamt bleibt zu hoffen, dass die Landesregierung weiterhin an der Vorgabe festhält, die künftigen Schwerpunkte in Forschung und Lehre insbesondere auch am Bedarf des Landes und seiner Wirtschaft auszurichten. Seitens unserer IHK werden wir uns dafür jedenfalls weiterhin mit allem Nachdruck einsetzen. Dies im Schulterschluss mit VSU und HWK.